parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 02 – 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Festempfang für „Akzeptanz und Vielfalt“
3 Landeshaushaltsplan für das Jahr 2020
4 Genossenschaften in Thüringen weiter stärken
5 Kein Zweifel: Die AfD ist extrem rechts

Kommentar

Mindestens

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende

Einhellig hat sich die Linksfraktion dafür ausgesprochen, dass in einem Thüringer Vergabegesetz ein Mindestlohn von 12 Euro festgeschrieben werden sollte. Die Bundesregierung hat mehrfach eingeräumt, dass der derzeit geltende gesetzliche Mindestlohn von 9,19 Euro weder nach 45 Beitragsjahren eine Rente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung gewährleistet, noch dass er einen Lohn oberhalb der Niedriglohnschwelle ermöglicht.

Deshalb halten wir es für notwendig, dass Thüringen mit gutem Beispiel vorangeht und für Aufträge des Landes einen Mindestlohn von 12 Euro zur Voraussetzung macht. Damit kämen wir dem Ziel eines armutsfesten Mindestlohns ein deutliches Stück näher.
Die vom Wirtschaftsminister Tiefensee vorgeschlagene Höhe des Mindestlohns von nur knapp über 10 Euro wird diesem Ziel nicht gerecht.

Die LINKE sieht sich verpflichtet, gerade auch dort, wo sie an Regierungen beteiligt ist, einen Mindestlohn durchzusetzen, der Lohn und Rente oberhalb der Armutsgrenze garantiert. Außerdem bin ich dafür, dass im Thüringer Vergabegesetz die kontinuierliche Anpassung des Vergabemindestlohns an die allgemeine Lohnsteigerung festgeschrieben werden sollte.

Wenn Beschäftigte nach 45 Beitragsjahren eine Rente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung erhalten sollen, müssen sie mindestens 12,63 Euro pro Stunde verdienen. Die Niedriglohnschwelle lag im Jahr 2017 bei 10,50 Euro.

Mahnend erinnert

AfD-Politiker waren beim Gedenken in Buchenwald unerwünscht

Zum 27. Januar, dem „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“, hatte die LINKE-Landespolitikerin Susanne Hennig-Wellsow gesagt: „Dieser Tag steht für die Erinnerung an alle durch den deutschen Nationalsozialismus getöteten und in den Lagern fabrikmäßig ermordeten Menschen. Zugleich ist er Mahnung an uns alle, rassistischer und antisemitischer Ausgrenzung, jeglichen menschenverachtenden Einstellungen und Handlungen entschlossen zu begegnen.“

In einer Zeit, in der Rechtspopulisten aller Couleur versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, Hass und Ausgrenzung propagieren, ist dies wichtiger denn je“, so die Fraktionsvorsitzende. Sie erinnerte an den kürzlich verstorbenen Ottomar Rothmann aus Weimar, einem der letzten Überlebenden des KZ-Buchenwald, der sein Leben der mahnenden Erinnerung an die Gräuel der Faschisten gewidmet hatte und immer wieder mit Jugendlichen als Zeitzeuge das Gespräch suchte. „Der Blick in unsere Geschichte verpflichtet uns, alle Kraft gegen Neo-Nazis, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz in jeder Form einzusetzen“, hatte Ottomar Rothmann anlässlich des Holocaust-Gedenktages bei seiner Rede im Jahr 2012 im Thüringer Landtag unterstrichen.

Susanne Hennig-Wellsow nahm zusammen mit dem LINKE-Europaabgeordneten Martin Schirdewan an der Kranzniederlegung zu Ehren der Opfer des Nationalsozialismus am 25. Januar in Buchenwald auf dem Appellplatz des ehemaligen Konzentrationslagers teil. Im Vorfeld hatte die Gedenkstätte erklärt, dass Politikerinnen und Politiker der AfD bei Gedenkveranstaltungen nicht willkommen sind, „solange Sie sich nicht glaubhaft von den antidemokratischen, menschenrechtsfeindlichen und geschichtsrevisionistischen Positionen in ihrer Partei distanzieren“.

Transparente Verwaltung

Steffen Dittes: Informationszugang wird wesentlich verbessert

Nachdem das Kabinett der Landesregierung einen Gesetzentwurf für ein Transparenzgesetz verabschiedet hat, kann der Landtag ein Transparenzgesetz noch in dieser Legislatur beschließen. „Die Bürger bezahlen mit ihren Steuern die öffentliche Verwaltung, also haben sie auch einen Anspruch auf jene Informationen, die die Grundlagen für das Verwaltungshandeln sind“, sagte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Indem Verwaltungshandeln transparent gemacht und der Informationszugang ausgebaut wird, „schaffen wir auch die Voraussetzungen für mehr Vertrauen in die Verwaltung und stärken die Teilhabemöglichkeiten an politischen Entscheidungen“, so Steffen Dittes. Mit dem Gesetzentwurf sollen Bürgerinnen und Bürger noch schneller und bei einfachen Abfragen kostenfrei Daten der Verwaltung auf Anfrage erhalten.

Zudem bekommen sie kostenlos und anonym Zugriff auf ein „Thüringer Transparenzportal“, in das künftig Informationen der Verwaltung pflichtig eingestellt werden müssen, zum Beispiel über Zuwendungen, Pläne, wesentliche Inhalte von Verträgen, Beschlüsse des Regierungskabinetts, Beratungen und Protokolle, Berichte über Sponsoringleistungen etc.

„Gerade durch das proaktive Angebot wollen wir es den Menschen noch einfacher machen, ohne bürokratische Hürden auf Informationen von Behörden und Ämtern zuzugreifen. Mit dieser Beteiligungsform kann auch der Politikverdrossenheit entgegengewirkt werden. Der neue Weg wird langfristig zur Entlastung von Beschäftigten in der Verwaltung führen“, unterstrich der LINKE-Politiker.

Er verwies zudem darauf, dass die Linksfraktion den Gesetzentwurf noch bürgerfreundlicher ausbauen wolle. „So werden wir in der Koalition dafür werben, auch Studien und Gutachten in die Veröffentlichungspflichten aufzunehmen und Bereichsausnahmen weiter abzubauen, um bestehende Hindernisse aus dem Weg zu räumen.“

Viel Zustimmung für neuen Feiertag

Weltkindertag am 20. September soll Feiertag werden/Anhörung zum Gesetzentwurf

Bei einer Anhörung des Innenausschusses am 24. Januar zum Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Einführung eines zusätzlichen Feiertages, des Weltkindertags am 20. September, hatte es große Zustimmung gegeben.

Dazu Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Mehrheitlich wird die Einführung dieses Feiertages für geeignet gehalten, um insbesondere für Kinderrechte nach der UN-Kinderrechtskonvention zu sensibilisieren. Vertreter für Kinder und Jugendliche, wie die Landeselternvertretung für Kindertagesstätten und der Kinderschutzbund, aber auch von gewerkschaftlicher Seite, wie Ver.di, DGB und NGG, und UNICEF sprachen sich dafür aus. Ebenso der Thüringer Beamtenbund und der Zentralrat der Muslime. Viele Verbände begrüßten insbesondere wegen der zunehmenden Arbeitsverdichtung die kollektive Arbeitsunterbrechung, auch weil andere Länder längst über deutlich mehr Feiertage als Thüringen verfügen."

Bedenken von Vertretern der Wirtschaft wurde entgegenet, dass die Thüringer Arbeitnehmer deutschlandweit am längsten arbeiten, bis zu drei Wochen länger als in anderen Ländern, dass die Wirtschaft in Ländern mit mehr Feiertagen auch floriere und dass die Beschäftigten in Thüringen im Jahr 2017 rund 11,82 Millionen unbezahlte Überstunden angehäuft haben. Bei einer durchschnittlichen Bruttolohnstunde von 20 Euro sind das etwa 236 Millionen Euro im Jahr, ein Betrag, der zu großen Teilen längst der Wirtschaft geschenkt wurde.

Der LINKE-Politiker ist überzeugt, dass eine Mehrheit der Thüringer dem neuen Feiertag positiv gegenübersteht. In der Februar-Sitzung wird der Ausschuss über eine Beschlussempfehlung für das Landtagsplenum entscheiden.

Foto: © Linksfraktion Thüringen

Agrarwende

Überlebenswichtig

Dieses Jahr wird entschieden, welche Agrarpolitik in der EU in den nächsten fünf Jahren umgesetzt wird. Die Verhandlungen laufen auf Hochtouren. Im Mai finden die Wahlen für das EU-Parlament statt. Deshalb ist es jetzt notwendig, Druck zu machen für eine soziale, ökologische und tiergerechte Agrarwende.

Es geht um gesunde Nahrungsmittel für alle, um Vielfalt, Umweltverträglichkeit und Sicherung der Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Dem steht eine Subventionspolitik entgegen, die zu einer zunehmenden Konzentration in der Landwirtschaft führt, mit immer höheren Erträgen und größeren Ställen, Umweltschäden und Arbeitsplatzverlusten. Ergebnis sind Überproduktionen, die über wiederum subventionierte Exporte in Schwellen- und sogenannte Entwicklungsländer abgesetzt werden. Hand in Hand damit geht der Import von Futtermitteln in die industrialisierten Länder.

Dieser ausbeuterische Zweiklang verdrängt Bauern und raubt ihnen die Existenzgrundlage. Überproduktion auf der einen Seite und Hunger, Unterernährung und Armut auf der anderen. Gewinner dieser Entwicklung sind die Konzerne der Branche. Verlierer sind Milliarden Menschen weltweit, das Klima und die Umwelt. Bei all diesen Problemen laviert die Bundeslandwirtschaftsministerin. Trotz der Ankündigungen, z.B. eine Ackerbaustrategie erarbeiten zu lassen oder ein staatliches Tierwohllabel einzuführen, kommt bisher nichts.

MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright

Unter bunten Schirmen und Regebogenfahnen

Festempfang zum Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt

Bunte Schirme, Regenbogenfahnen, freundliche Menschen und gute Stimmung - der Festempfang der rot-rot-grünen Fraktionen am 23. Januar im Landtag in Erfurt war eine rundum gelungene Veranstaltung. Das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt, das vor einem Jahr von der Landesregierung verabschiedet wurde, sollte gefeiert und die AkteurInnen, die mit ihrer hauptsächlich ehrenamtlichen Arbeit für Vielfalt stehen, in den Vordergrund gestellt werden.

Denn eines machten die RednerInnen auf dem Festempfang - unter ihnen Ministerin Heike Werner (LINKE) - auch deutlich, dass es das Landesprogramm, verankert übrigens auch im Koalitionsvertrag, nun gibt, ist nur ein Etappensieg auf dem Weg zur selbstverständlichen Vielfalt geschlechtlicher Identitäten, sexueller Orientierungen und Beziehungsweisen. Insofern sei der Empfang auch eine Art Zwischenkundgebung, so die Ministerin, die das Programm als eines der ausdifferenziertesten der bisher existierenden 14 Landesprogramme bezeichnete. Es ziele auf Veränderungen in der gesamten Gesellschaft.

Nowendig sind weitere Maßnahmen zur Überwindung diskriminierender Regelungen und Verfahren, Aufklärungs- und Sensibilisierungsprojekte, Vernetzungsstrukturen, Bildungsangebote und anderes mehr. Die im Oktober vergangenen Jahres in der Schopenhauerstraße 21 in Weimar eröffnete LSBTIQ*-Koordinierungsstelle leistet in diesem Sinne eine wichtige Arbeit, über die auf dem Empfang Matthias Gothe, einer der beiden MitarbeiterInnen, informierte.

Es gelte, Ängste abzubauen und Akzeptanz durch Begegnung zu fördern, sagte Beatrice Ostrowski vom Jenaer Frauenzentrum „Towanda". Und in der Schlussrunde gefragt danach, was sie sich wünsche, sagte sie, dass es irgendwann ein solches Programm nicht brauche, weil in der Gesellschaft Akzeptanz und Vielfalt gelebt werden.

Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, dankte schließlich und ausdrücklich noch einmal im Namen von Rot-Rot-Grün all den Engagierten aus der Thüringer Zivilgesellschaft, aus den Vereinen, Projekten und Initiativen.

Zu einem Fachgespräch „Vielfalt der Geschlechter. Das Dritte Geschlecht" lädt die Linksfraktion gemeinsam mit der LSBTIQ-Koordinierungsstelle am Montag, den 18. Februar, 17.30 bis 20 Uhr, in den Käte-Duncker-Saal (Raum F 201) ein.*

Weitere Informationen unter: www.queerweg.de/koordinierungsstelle

Zukunftsgestaltung

Landtag debattiert Entwurf für den Landeshaushalt 2020

Der Entwurf für den Landeshaushalt 2020 steht nach Auffassung der Linksfraktion für eine gute Fortsetzung der Ära sozialer Politik in Thüringen. „Das vorgelegte Zahlenwerk ist eine Demonstration der zukunftspolitischen Handlungsfähigkeit dieser Landesregierung", sagte der haushaltspolitische Sprecher Ronald Hande.

Für den LINKE-Finanzexperten ist der Haushalt 2020 zwar im Wesentlichen eine Übernahme des Haushalts 2019, darüber hinaus aber auch gespickt mit Mehrausgaben in wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens: Mehr Geld für Qualität und weniger Gebühren im Bereich der Kindertageseinrichtungen, Stopp des Stellenabbaus im Lehrerbereich. Damit könnten jetzt alle befristet eingestellten Lehrer entfristet und auch die Vertretungsreserve ausgebaut werden.

Ronald Hande wies darauf hin, dass im Verlauf der parlamentarischen Haushaltsberatungen bis zur Verabschiedung des Haushaltsplans am 13. Juni noch Änderungen vorgenommen werden könnten. Wichtig sei aber, dass der eingeschlagene Weg fortgesetzt und Planungssicherheit für alle Beteiligten erreicht werde. Für die LINKE ist Kontinuität im Bereich der Investitionen von besonderer Bedeutung. Gerade hier müsse noch viel nachgeholt und korrigiert werden, was in den vergangenen Jahrzehnten liegengeblieben sei.

Der erneute Anstieg der Investitionsausgaben im kommenden Haushalt sei möglich, weil die gute Steuereinnahmesituation dies erlaube. „Auf diese Weise geben wir das vorhandene Geld denjenigen zurück, die es erarbeitet haben, den Menschen im Freistaat Thüringen." Zudem werden durch das sogenannte Nachhaltigkeitsmodell planmäßig 65 Millionen Euro alte Schulden getilgt, was auch der Thüringer Rechnungshof begrüßt. „Besonders wichtig ist mir, dass jetzt alle Schattenhaushalte aus alten Wahlversprechen früherer CDU-Regierungen transparent in den Haushalt zurückgeführt wurden und keine neuen Schulden mehr machen können", sagte der LINKE-Politiker.

Schließlich gehe es darum, die Zukunft Thüringens so zu gestalten, dass „alle Menschen gerne hier leben. Auch deshalb zahlen wir die von der CDU gemachten Milliardenschulden zurück, die erste Milliarde haben bereits geschafft. Dies ist sehr gut und Ausweis einer soliden Haushaltspolitik, die investiert und gleichzeitig konsolidiert. Nur so stellen wir das Land zukunftssicher auf", betonte der Abgeordnete. Alle Thüringerinnen und Thüringer haben etwas davon, wenn im kommenden Jahr 548 Millionen Euro mehr als 2014 in die Bildung investiert werden. Nur gut ausgebildete Menschen werden das Land weiter voranbringen. „Wir werden mit dem Haushalt 2020 die Kinder im Freistaat besser und für die Eltern kostengünstiger betreuen können. Dafür wollen wir 153 Millionen mehr ausgeben als die CDU 2014.

Zukunftsinvestitionen sind auch die 151 Millionen Euro mehr in die öffentliche Sicherheit sowie 30 Millionen mehr für den Straßenbau. Die Ausgaben für den öffentlichen Personennahverkehr sollen um 42 Millionen Euro wachsen, in den Bereichen Umwelt, Naturschutz und Sport werden sie verdreifacht", so Ronald Hande.

» Parität

Mit der Wahl zur Weimarer Nationalversammlung vor 100 Jahren, am 19. Januar 1919, durften zum ersten Mal Frauen in Deutschland an die Wahlurnen und konnten auch in das Parlament gewählt werden. Anlässlich des Jahrestages fordert Anja Müller, Sprecherin für Bürgerbeteiligung der Linksfraktion, erneut, dass mindestens die Hälfte der Parlamentssitze mit Frauen besetzt werden. „Für diese Parität halten wir eine gesetzliche Quote für die Kandidatenlisten für dringend notwendig, sowohl für den Landtag als auch die Kommunalvertretungen." Die LINKE möchte, dass diese Neuregelungen noch bis zum Ende der Wahlperiode beschlossen werden, auch wenn die nächsten Wahlen aus verfassungsrechtlichen Gründen damit nicht mehr erreicht werden können.

» Tourismusgabe

Mit der Reform des Kommunalabgabengesetzes hat Rot-Rot-Grün die Möglichkeit einer Tourismusabgabe geschaffen, die deutliche Vorteile gegenüber den Kurbeiträgen hat, da sie zweckgebunden ist. „Suhl sollte diese ernsthaft in Erwägung ziehen. Vor dem Bundesverwaltungsgericht droht eine weitere Niederlage. Auch eine Neuauflage der Kurbeitragssatzung würde nur das Gastgewerbe belasten", sagte Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Linksfraktion, vor dem Hintergrund eines Urteils des Oberverwaltungsgerichts zur Kurbeitragssatzung. Bettensteuern belasteten einseitig das Gastgewerbe und verschwänden viel zu oft in den schwarzen Löchern der Haushalte.

» Fachkräfte

Ein Koalitionsantrag zur Fachkräfteentwicklung in Thüringen steht nach der Ausschussberatung jetzt erneut auf der Tagesordnung im Landtag. Um den Fachkräftebedarf zu sichern soll die duale Berufsbildung gestärkt werden u.a. durch Lernortkooperationen. Die Berufsorientierung soll ausgebaut werden. Notwendig seien Anstrengungen für gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen, dazu gehört auch ein hohes Niveau des Arbeitsschutzes. Die Attraktivität der Berufe in der Sozialwirtschaft soll gestärkt werden. Zudem sollen vor dem Hintergrund einer guten Willkommenskultur Fachkräfte sowohl aus dem Bundesgebiet als auch aus dem Ausland geworben werden.

Doch drängende Themen

Doch: Rassismus und Diskriminierung SIND drängende Themen für die öffentliche Verwaltung", widerspricht Sabine Berninger, Obfrau der LINKEN in der Enquetekommission Rassismus des Landtags, der Einschätzung des Thüringer Beamtenbundes (tbb), Rassismus sei kein drängendes Thema für die Verwaltung. „Dass sich die #EnqueteRassismus damit beschäftigt, hat Gründe und die liegen auch in Verwaltungshandeln." Allerdings habe sich der tbb selbst kritisch zu seiner Stellungnahme geäußert (wegen der knapp bemessenen Zeit über den Jahreswechsel, die verhindert habe, inhaltlich profund Stellung zu nehmen).

In der #EnqueteRassismus wurde darauf hingewiesen, dass die Kommission einen konkreten inhaltlichen Auftrag hat, erteilt zunächst durch den NSU-Untersuchungsausschuss der letzten Landtagslegislatur, und 2017 durch den Landtag bekräftigt mit dem Einsetzungsbeschluss für die Kommission.

Die in der Anhörung befragte Sachverständige, Barbara John – die sowohl als Mitglied der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, ECRI, und auch als Obfrau der Bundesregierung für die Angehörigen der Opfer des #NSU über ausgewiesenen Sachverstand gerade diesbezüglich verfügt – sagte: Für die Teilhabe der Menschen, die hier sind, braucht es starke gesetzliche Grundlagen, eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle („über der Verwaltung"), die interkulturelle Öffnung, Sensibilisierung und Aufklärung, ein Landesmediengesetz und ein „0-Fehler-Ziel" der Verwaltung, inklusive eines lernenden Umgangs mit Fehlern (Was ist passiert? Wie ist der Fehler entstanden? Wie hätte es vermieden werden können?).

Neben den mündlich gehörten ExpertInnen erwarten die Kommissionsmitglieder noch schriftliche Stellungnahmen (u.a. des Deutschen Instituts für Menschenrechte und von Amnesty International e.V.). Diese wird die Kommission ebenso gründlich auswerten, wie die in bisherigen Anhörungsverfahren erlangten Erkenntnisse, die ja bereits in den Zwischenbericht der Kommission eingeflossen seien und den entwickelten Maßnahmenvorschlägen zugrunde lägen.

„Aber die Notwendigkeit, dass sich die öffentliche Verwaltung rassismus- und diskriminierungskritisch ausrichtet, dass Aus- und Fortbildung verbessert und erweitert und die interkulturelle Öffnung analog der vielfältiger werdenden Gesellschaft zu entwickeln ist, das sind Erkenntnisse, die sich die Kommission erarbeitet und nicht aus Jux und Tollerei herbeigeredet hat. Hinter die gehen wir auch durch die Verdrängung des Problems durch den tbb nicht zurück", so Sabine Berninger.

Traktoren vor dem Thüringer Landtag

Landgrabbing: Seit Jahren versuchen Investoren, landwirtschaftliche Betriebe aufzukaufen

Bevor sie sich am 18. Januar mit vier Traktoren auf den Weg nach Berlin zur Demonstration „Wir haben es satt“ am Rande der Grünen Woche machten, hatten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) einen Stopp vor dem Thüringer Landtag in Erfurt eingelegt und den Vertretern der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen ihre Sorgen verdeutlicht.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Dabei gab es insbesondere, was das Thema Landgrabbing, also den Verkauf von Land an Investoren, betrifft, vor allem Übereinstimmung. Michael Grolm, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Mitteldeutschland (AbL). hatte bei einer kurzen Rede betont, dass seit Jahren Investoren massiv versuchen, landwirtschaftliche Betriebe auch in Thüringen aufzukaufen – unter klarer Umgehung der bestehenden Gesetzlichkeiten, und auf Beispiele verwiesen.

So gehöre im Landkreis Sömmerda inzwischen jeder fünfte landwirtschaftliche Betrieb einem außerlandwirtschaftlichen Unternehmen. Johannes Köhler vom Obstwiesenhof Köhler aus Kleinromstedt, der mit seinem Trecker ebenfalls dabei war, sagte: „Wenn wir jetzt nichts tun, verbauen wir unseren Kindern und Enkeln die Chance auf eine bäuerliche und selbstbestimmte Landwirtschaft. Dagegen wehre ich mich!“

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Susanne Hennig-Wellsow, kündigte verschiedene Initiativen von Rot-Rot-Grün im Landtag zu dieser Problematik an.

So sollen Anteilsverkäufe von landwirtschaftlichen Betrieben angezeigt werden müssen. Dazu soll es gesetzliche Regelungen geben. Eine Analyse der aktuellen Situation und Entwicklung beim Landgrabbing für den weiteren Umgang mit dem Thema wird auf der Grundlage einer Großen parlamentarischen Anfrage vorgelegt werden.

Budget für Arbeit

Chancen nutzen

Das Budget für Arbeit ist seit dem 1. Januar 2018 eine bundesgesetzlich geregelte Alternative für Menschen mit Behinderung zur Teilhabe am Arbeitsleben jenseits einer Werkstatt für behinderte Menschen. Eine Anhörung im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit zur Umsetzung des „Maßnahmeplans 2.0 UN-Behindertenrechtskonvention“ hat gezeigt, dass es „noch größerer Anstrengungen bedarf, um Menschen mit Behinderung in die Lage zu versetzen, ihre Rechte zu kennen und einzufordern. Vor allem notwendig ist eine enge, unbürokratische Zusammenarbeit von Betroffenen, der Wirtschaft und dem Sozialhilfeträger“, so Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitspolitik der Linksfraktion.
Im Dezember 2018 gab es in Thüringen 4.672 arbeitslose Menschen mit Behinderung, die gerne arbeiten würden. „Zu einer erfolgreichen Inklusion gehören gute Bildung, passgenaue Ausbildung und Qualifizierung , Einstellung in sozialversicherungspflichtige Arbeit und entsprechende Begleitung“, sagt die Abgeordnete und informiert darüber, dass ein unbefristeter Lohnkostenzuschuss für Betroffene gezahlt wird, die anspruchsberechtigt sind, den Antrag auf das Budget für Arbeit stellen und einen Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gefunden haben. Hilfe geben die Integrationsfachdienste und die Arbeitsagenturen bzw. Jobcenter. Über den Europäischen Sozialfonds (ESF) gibt es im Thüringer Landesprogramm für Arbeit Möglichkeiten zur Vorbereitung auf eine Arbeitsaufnahme. Zudem könnte die Gründung einer Assistenzgenossenschaft es dem Einzelnen erleichtern, diese umfangreiche Aufgabe zu bewältigen.

Für das Gemeinwohl

Genossenschaften als wichtige Anker in den Regionen

Seit mehr als zehn Jahren sind Genossenschaften wieder ein in Deutschland zunehmend relevantes Thema. Bürgerenergie-Genossenschaften erlebten einen Gründungsboom. Um soziale Infrastruktur im ländlichen Raum zu sichern, bilden sich genossenschaftliche Dorfläden, Schwimmbadgenossenschaften oder Gaststätten, die in kleinen Orten gemeinschaftlich erhalten werden. Projekte, die in der Regel davon inspiriert sind, etwas für die eigenen Mitglieder, aber auch für das Gemeinwohl zu tun. Dieser genossenschaftlichen Vielfalt widmete die Linksfraktion im Landtag jetzt ein Fachgespräch.

Marleen Thürling, Doktorandin in einem Forschungsprogramm zu Genossenschaften an der Humboldt-Universität, lieferte zum Einstieg interessantes empirisches Material zur Entwicklung der Genossenschaften in Deutschland und Thüringen. Andreas Wieg vom Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband konzentrierte sich auf rechtliche Aspekte des Genossenschaftswesens und die ökonomischen Bedingungen einer erfolgreichen Gründung. Anett Kulka-Panek, erfolgreiche Gründerin und Genossenschaftsvorsitzende, ergänzte ganz praktisch um den Werdegang, die Hemmnisse und Erfolge der LandMarkt Erfurt eG in der Magdeburger Allee.

Im Anschluss wurden insbesondere die Konflikte der oft angestrebten Gemeinwohlorientierung mit den Notwendigkeiten der ökonomischen Tragfähigkeit einer Genossenschaft ausgiebig diskutiert. Parallel brachte der Arbeitskreis Wirtschaft der Linksfraktion ein Thesenpapier ein, wie insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die ohne Nachfolgelösung dastehen, durch eine Umwandlung in eine Genossenschaft vor der Schließung bewahrt werden könnten.

Landtagsabgeordneter Knut Korschewsky schilderte den Fall eines Münchner Softwareunternehmens mit einem Jahresumsatz von 40 Millionen Euro, dessen beiden Unternehmer entschieden haben, das Unternehmen in eine Genossenschaft umzuwandeln und in die Hände der 300 Beschäftigten zu legen. Solche Erfolgsbeispiele möchte die Thüringer LINKE gern ausbauen, erläuterte der Wirtschaftspolitiker Dieter Hausold. Mit einem Mitarbeiternachfolgeprogramm soll Thüringen Beschäftigte unterstützen, ihr Unternehmen zu kaufen und als Genossenschaft fortzuführen. Das würde gerade für Kleinunternehmen im ländlichen Raum große Chancen bieten, um die oft problematische Nachfolgesuche zu einem positiven Ende zu führen. Zugleich würden so wichtige Anker im ländlichen Raum erhalten und der Abwanderung in die Städte etwas entgegengesetzt werden. Das stützt auch die regionale Wertschöpfung, die oft gerade auf solche kleinen Unternehmen und deren Verknüpfung vor Ort angewiesen ist.

DIE LINKE im Thüringer Landtag fühlt sich durch die Ergebnisse des Fachgesprächs zur genossenschaftlichen Vielfalt gestärkt und wird die Förderung von Produktivgenossenschaften als Beispiele gelebter Wirtschaftsdemokratie weiter vorantreiben.

Thomas Völker

Die AfD ist extrem rechts

Katharina König-Preuss: „Für diese Feststellung braucht es keinen VS“

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) kommt zu dem Ergebnis, dass die AfD zwar noch nicht beobachtet werden müsse, aber als Prüffall einzustufen sei. Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang stellte dazu am 15. Januar ein 436 Seiten starkes Dossier vor. Die AfD habe sich „von einer wirtschaftsliberalen, EU-kritischen Partei“ zu einer „national orientierten, islam- und zuwanderungskritischen Partei entwickelt“. Die Aussagen von Führungsfunktionären und Mitgliedern der AfD lassen „erste deutliche Anhaltspunkte für eine Ausrichtung der Partei gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung erkennen“.

Dazu die Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Katharina König-Preuss: „Wer will diesen Verfassungsschutz denn ernst nehmen. Er will ab sofort öffentliche Auftritte und Verlautbarungen der AfD dahingehend untersuchen, ob es in der Partei extrem rechte Bestrebungen gebe. Antifaschistische Initiativen, Journalisten und Wissenschaftler haben in den letzten fünf Jahren mit einer Vielzahl von Recherchen und Analysen nachgewiesen, dass die AfD extrem rechts ist, sich rassistisch, antisemitisch und nationalistisch äußert und verhält und auch keinen Hehl daraus macht, anderen Menschen Grundrechte abzusprechen. Es ist doch niemandem vermittelbar, weiter Gelder und Personal für längst Offensichtliches zu verschleudern. Die AfD ist eine extrem rechte Partei, die eine Gefahr für die demokratische Kultur darstellt.“

Wie der BfV-Präsident erklärte, sei neben der „Jungen Alternative“ auch der „Flügel“ um Björn Höcke nicht nur als Prüf-, sondern auch als Verdachtsfall eingestuft worden. Der Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln wäre abgestuft möglich, der Einsatz von V-Leuten wurde dabei nicht explizit ausgeschlossen. „Mit den Kenntnissen aus dem NSU-Untersuchungsausschuss bestünde im Fall des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel eher noch die Gefahr, dass der Geheimdienst erneut extrem rechte Strukturen mitfinanziert, wie dies bereits bei Tino Brandt vom Thüringer Heimatschutz der Fall war, der als Quelle ebenfalls auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzes stand“, sagte Katharina König-Preuss. Für die Erkenntnisse über die extrem rechten Positionen und Ziele der AfD brauche es keinen Geheimdienst, dazu reiche der Besuch oder die Einsicht in Protokolle öffentlicher Landtags- oder Bundestagssitzungen, ein Blick auf die öffentlichen Facebook-Profile von AfD-Politikern oder in ihre Hetzreden auf Demonstrationen im öffentlichen Raum.

„Die Entscheidung des Bundesamtes für Verfassungsschutz unterstreicht, dass der Geheimdienst kein hilfreiches Instrument zur Früherkennung von Gefahren für die Demokratie darstellt. Das, was der Geheimdienst tut, ist erneutes Abschreiben von anderen und besitzt keinen Mehrwert. Fraglich bleibt, was das Ziel der Prüfung des längst Bekannten sein soll. Der Verfassungsschutz verschläft, verschwendet Gelder und ist verzichtbar. Die Millionen der Steuerzahler, die für die Dienste aufgebracht werden, wären in der Demokratiebildung und in der wissenschaftlichen Dokumentation und Aufarbeitung extrem rechter Umtriebe besser angelegt.“

Verrohung der Debatte

Zum Beschluss des Verfassungsgerichts

Angesichts einer vom Thüringer Verfassungsgerichtshof abgewiesenen Verfassungsbeschwerde der Landtagsabgeordneten Katharina König-Preuss gegen den AfD-Politiker Stephan Brandner reagierte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag, mit Unverständnis.

Behauptungen, die Abgeordnete wider besseres Wissen und in verleumderischer Absicht in strafrechtlich relevante Zusammenhänge stellen, so schlussfolgern wir nach dem Beschluss des Thüringer Verfassungsgerichts vom 9. Januar, seien zulässig. Damit sind diffamierenden Behauptungen unseren Abgeordneten gegenüber Tür und Tor geöffnet und nimmt die Verrohung der Debatte, wie sie vor allem durch die AfD betrieben wird, ihren Lauf“, sagte die LINKE Landespolitikerin. Das hohe Gut des Indemnitätsrechts zur Verteidigung der ungehinderten und freien Rede von Abgeordneten umfasse nicht das Recht, andere in persönlichkeitsschädigender Weise öffentlich herabzuwürdigen und zu diffamieren. „Es ist zu befürchten, dass die Entscheidung erheblich zu Lasten des Persönlichkeitsschutzes von Abgeordneten geht“, so Susanne Hennig-Wellsow. Die LINKE erwartet, dass sich der Landtag mit dem Beschluss befasst und Konsequenzen zieht, welche einerseits der Indemnität gerecht werden und andererseits Maßnahmen ergreift, um das Persönlichkeitsrecht von Betroffenen derartiger Diffamierungen zu schützen.

Die Entscheidung beschließt eine über drei Jahre und alle Instanzen erfolgte gerichtliche Auseinandersetzung. Danach durfte nun der AfD-Politiker Stephan Brandner am 17.12.2015 in einer Landtagsdebatte über Katharina König-Preuß und ihren Vater Lothar König sagen: „Die wahren Politrambos, die sitzen bei Ihnen links, dieses Duo Infernale, der Straßenchaotenvater und Tochter König beispielsweise, die dafür verantwortlich sind, dass Polizisten grün und rot geschlagen werden. Sie sind nicht die Brandstifter. Sie sind die wahren Väter aller Probleme.“

Versammlungsrecht

Wirkungslos

Kürzlich hat die CDU-Landtagsfraktion den Entwurf für ein Landesversammlungsgesetz angekündigt. Dabei geht es um das Verbot von extrem rechten Konzertveranstaltungen, bei denen Menschenrechte und Menschenwürde infrage gestellte werden. Diese für demokratiefeindlich, gefährlich und unerträglich zu halten, eine alle Demokraten, sagte der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion Steffen Dittes. Allerdings sei es etwas anderes, „auf solche Einstellungen mit den Mitteln eines gesetzlichen Verbotes zu reagieren und das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit einzuschränken. Es ist absurd, demokratiefeindliche Bestrebungen damit bekämpfen zu wollen, die Demokratie zu beschränken.“

Nach den zunehmenden Rechtsrock-Konzerten in Thüringen, insbesondere den Aufmärschen tausender Neonazis in Themar, hat sich die Landesregierung auf Initiative von Bodo Ramelow intensiv mit den verfassungsrechtlichen Möglichkeiten einer landesgesetzlichen Beschränkung auseinandergesetzt und diese gutachterlich bewerten lassen.

Das Ergebnis: Eine landesrechtliche Beschränkung unterhalb der durch das Bundesverfassungsgericht festgelegten Grundsätze wäre selbst verfassungswidrig.Verwaltungsgerichte in Thüringen müssen Verbote und Beschränkungen immer vor dem Hintergrund des Grundrechtes und der höchstrichterlichen Rechtsprechung beurteilen. Ein Landesgesetz kann dies keinesfalls aufheben. „Politische Ankündigungen, die in der Praxis aber keine Wirkung zeigen, sind gerade im Umgang mit Neonazis gefährlich, weil sie diese einerseits stärken und andererseits den zivilgesellschaftlichen Gegenprotest schwächen“, so Steffen Dittes.

Allerdings verweist der Abgeordnete darauf, dass „die Meinungs- und Versammlungsfreiheit auch verfassungsrechtliche Grenzen hat. Diese hat das Bundesverfassungsgericht in den letzten Jahrzehnten immer wieder klargestellt“.

Unzweifelhaft ist es notwendig, dass sich das Bundesverfassungsgericht mit den erheblich kommerzialisierten Veranstaltungen extrem rechter Gruppierungen befasst und diese versammlungsrechtlich neu bewertet. Dazu wäre das Erwirken eines Vorlagebeschlusses durch das Thüringer Innenministerium als Vertreter des öffentlichen Interesses in Verwaltungsgerichtsverfahren dringend angeraten. Dies würde ebenso wie eine rechtskonforme Anwendung der bestehenden und verfassungsrechtlich zulässigen Beschränkungsmöglichkeiten und eine entsprechende Beratung der kommunalen Versammlungsbehörden durch das Innenministerium sehr viel hilfreicher sein als letztlich wirkungslose Gesetze auf Landesebene“.

Nebenbei notiert

Wildwuchs

KOMMENTAR VON MDL ANJA MÜLLER

In Ostthüringen existiert kein Regionalplan, der rechtsgültig Vorranggebiete für Windkraftanlagen ausweist. So auch nicht in Großaga bei Gera. Hier will ein Investor sechs Windräder errichten. Dabei hat er sich „nur“ an die Bestimmungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes zu halten. Dagegen hat ein Verein eine Petition an den Landtag eingereicht, die im Petitionsausschuss beraten wurde. Es ist nicht die erste dieser Art. Doch den Abgeordneten und der Landesregierung sind weitgehend die Hände gebunden. In solchen Fällen haben es die Bürgermeister und Landräte schlicht versäumt, rechtzeitig verbindliche Windvorranggebiete auszuweisen, wohl in dem Irrglauben, mit ihrer Verweigerungshaltung die Errichtung von Windenergieanlagen generell zu verhindern. Faktisch wird jedoch damit dem Wildwuchs der Boden bereitet.

Thüringen will auf etwa einem Prozent der Landesfläche die Errichtung von Windenergieanlagen ermöglichen. Damit dabei eben kein Wildwuchs entsteht, sollen Windvorranggebiete in den Regionalplänen ausgewiesen werden. Ansonsten können Investoren auch außerhalb der Vorranggebiete Windkraftanlagen errichten. Damit liegt es in der Verantwortung der regionalen Planungsgemeinschaften, also der Bürgermeister, Vorsitzenden der Verwaltungsgemeinschaften und Landräte vor Ort, mit einem Regionalplan für eine rechtsgültige Grundlage zu sorgen.

Bisher wurde der Bauantrag des Investors in Großaga zurückgestellt, da der Regionalplan für Ostthüringen in der Überarbeitung ist. Doch das geht nicht ewig so. Sollte es den Landräten und Bürgermeistern in Ostthüringen nicht gelingen, mittelfristig rechtsgültige Windvorranggebiete auszuweisen, kann der Investor nach Ablauf von zwei Jahren seine Windkraftanlagen auch außerhalb dieser Gebiete bauen.

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Eindrucksvolle Bilder

Ausstellung „Antifaschistischer Widerstand in Europa 1922 - 1945“

Im Zwischengang des Thüringer Landtags in Erfurt wird noch bis zum 22. Februar die Wanderausstellung „Antifaschistischer Widerstand in Europa 1922 - 1945“ gezeigt. Sie war bereits in mehreren europäischen Ländern zu sehen und stellt auf 50 Tafeln mit eindrucksvollen Bildern und reproduzierten Dokumenten die unterschiedlichen Formen des Widerstandes in den verschiedenen Ländern Europas, nationale Besonderheiten des Kampfes und allgemeine Tendenzen dar.

Die auf Initiative des nationalen belgischen Instituts der Veteranen und Opfer des Krieges und der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten entstandene Ausstellung war am 22. Januar von Landtagsvizepräsidentin Margit Jung (LINKE) im Beisein zahlreicher Gäste eröffnet worden. In vielfältiger Weise werde die Geschichte mutiger Menschen gezeigt, „die sich der Unmenschlichkeit des Faschismus entgegengestellt haben“. Deutlich werde, „was folgt, wenn Zivilisation bricht“. Und: „Wir erleben eine Verrohung der Gesellschaft und der demokratischen Debatte, eine Verschiebung des Sagbaren - auch hier im Thüringer Landtag“, so die Vizepräsidentin.

Wenn der Vorwurf an ihn erhoben werde, die Ausstellung sei parteilich, dann sage er, „ja, sie ergreift Partei für diejenigen, die sich für Menschen- und Freiheitsrechte einsetzten und einsetzen, für Verfolgte und Minderheiten, für das Ende von Nazismus, Okkupation und Krieg. Und sie steht für den Antifaschismus und den demokratischen Neuanfang“, so Dr. Ulrich Schneider, Sprecher der VVN-BdA in Deutschland und Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten (FIR), Kurator der Ausstellung, zur Eröffnung in Erfurt.

Weitere Informationen zur Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) - Bund der Antifaschisten unter: www.fir.at

Auf der Tagesordnung der Plenarsitzung

Die ersten Landtagssitzungen im neuen Jahr finden am 30. und 31. Januar sowie am 1. Februar statt.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE beschäftigt sich zu Beginn der Plenarsitzung der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Mieten begrenzen – für bezahlbaren Wohnraum in Thüringen“. Wohnen ist ein Menschenrecht und die LINKE wird alle rechtlichen Möglichkeiten

ausschöpfen, um für die Menschen in Thüringen dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu sichern.

Weitere wichtige Themen sind die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs der Landesregierung für das Jahr 2020, das Beteiligtentransparenzregister, ein Gesetzentwurf der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen, und das Thüringer Transparenzgesetz. Ebenfalls von der Landesregierung vorgelegt wird die Novellierung des Vergabegesetzes. Darin festgelegt sind Regeln, die Auftragnehmer des Landes einhalten müssen, vor allem einen Mindestlohn. Das Land Thüringen vergibt Aufträge insbesondere im Baubereich, in der Dienstleistungsbranche sowie im öffentlichen Nahverkehr.

In einem weiteren Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen geht es um den barrierefreien Zugang zu den Webseiten und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen.

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler